



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Oestreichische Finanzen.

1850

hängig sei, war er wortfarg, zurückhaltend, unruhig, selbst wo er entschlossen war. Seitdem ist er redselig geworden, er plaudert beständig, was es auch sein mag; wie er in der ersten Kammer seine Verbrüderung mit den Spionen ausschwahte, wie er erzählte, man wolle ihm an's Leben, aber er würde seine Feinde schon zu fassen wissen, da konnte man sich eines gewissen Mitleids nicht erwehren. Die Verhandlungen des Waldeck-Ohm'schen Processes haben nicht allein die Partei der Kreuzzeitung getroffen, sondern auch das Ministerium, das sich mit ihr compromittirt hat, ja sie haben es mehr getroffen als jene, denn die Einbläser des Ohm und Gödsche haben sich nie über die Natur ihrer Creaturen getäuscht, sie haben in majorem Dei gloriam die entsprechenden Mittel gebraucht; sie zürnen dem Gericht, weil es das Recht über die Partei stellt. Der „ehrliche“ Mann dagegen, der Politiker der Umstände, weiß sich in diesen Ausgang nicht zu finden; er hat sich der Gewalt der Umstände so vollständig hingegeben, daß er bei dem besten Willen Recht von Unrecht nicht mehr zu unterscheiden vermag. Wie jener Geisterbanner, der sich vor seinem eigenen Spuk entsetzt, fühlt er seine eignen Sophismen als eine fremde Macht, von der er abhängig ist.

Popularität ist ein mißliches Ding. Sie hängt sich an die Erscheinungen des Augenblicks. Kein Name ist jetzt bei der conservativen Partei in Preußen populärer als der des Herrn von Manteuffel. Aber es ist, wie bei Lamartine vor zwei Jahren, eben nur der Name, ein neutraler Boden, auf welchem die Gegensätze noch gebunden sind. Die Parteien, die einzeln noch nicht fähig sind, für sich aufzutreten, halten sämmtlich an ihm fest, sobald aber einer von ihnen so weit erstarkt sein wird, selbstständig zu sein, so wird nicht sie allein, so werden sie Allen den Mann der Umstände bei Seite werfen.

Österreichische Finanzen.

Ob es zur Ordnung der österreichischen Finanzen oder zum Bruche derselben kommt, wird den Interessenten an dieser schwebenden Frage noch manche lange Stunde verfließen; so viel auch schon darüber geschrieben wurde, ist doch noch immer nicht der Schlüssel zu all den Wirren und Verwicklungen gegeben. Die Revolution hat sich von der Straße in die Geldkisten, vom Schlachtfeld auf die Börse, von der Aula in die Landwirthschaften gezogen, und hier sind die brutalen Kräfte der Schuß- und Stuchwaffen nicht im Stande, einen wohlfeilen Sieg zu erfechten, sondern im Gegeuthheil je stärker das Heer, desto größer die Verlegenheiten, desto schneller die Niederlage. Die Armuth eines Landes ist nicht immer

ein Beweis für die Schlechtigkeit der Regierung, denn je größeren Spielraum eine liberale Verwaltung den Einzelkräften überläßt, desto häufiger wird auch die Erscheinung, daß man den Gebrauch derselben verschmäht; das wohlthätige Gesetz der Freizügigkeit wird oft den Mißbrauch bis zum Vagabundiren hervorrufen, während das Sklavengesetz der Hörigkeit die Ansässigmachung forcirt. Die Robott verbielt zur Arbeit, wenn auch zur schlechten, die Befreiung von der Robott bevölkert die Wirthshäuser und dringt vielen Herrschaftsfeldern eine unfreiwillige Brache auf, obwohl die Grundbesitzer einen weit höhern Tagelohn anbieten. Die Armuth des Landes und das Proletariat im Volke ist daher selten, oder fast nie als ein Maßstab für die Regierung anzunehmen. Anders aber verhält es sich mit dem bereits erreichten Vermögen des Landes und dem Besiz des Volkes. Eine gute Regierung schützt nicht blos den Nationalreichtum, sondern sie bahnt die Wege, wodurch er erhöht werden kann; wenn jedoch das vorhandene Vermögen abnimmt, schwindet, verfliegt, so ist in hundertsachen Fällen eher die Regierung daran Schuld, als die Verhältnisse der Einzelnen.

Die Märzereignisse haben Oestreichs Geldzustände nur kurze Zeit darniedergedrückt; in den Sommermonaten des Jahres 1848 erholte man sich bereits vom ersten Stöße, und es war kein größerer Druck fühlbar, als der auf allen europäischen Ländern lastete. Trotz des unglücklichen Krieges in Italien, und obwohl damals nicht die geringste Aussicht vorhanden war, daß Ungarn an den allgemeinen Lasten und an der Staatsschuld homogenen Antheil nehmen werde; obwohl endlich die Nationalbank ihre Verwechslungskassen spernte, sprach sich dennoch die öffentliche Stimme nicht mit großem Mißtrauen aus. Die baare Münze, das Silber, begann damals als Gradmesser des Credits zu dienen; die Valuta entthronte die Staats- und Industriepapiere vom Börsensiz. Letztere sind, bei aller Wichtigkeit, dennoch auf einen gewissen Kreis beschränkt, der, so groß er auch sein mag, dennoch einen bemessbaren Cirkel bildet; die Börsenwelt ist jedoch durch eine scharfe Linie vom allgemeinen Verkehr geschieden, und was jene, auf- oder abwärts stürmisch bewegt, wirkt nur in leisem Wellenschlag auf jenen. Das Silber jedoch rollt in seiner runden Gestalt über Berge und Thäler, durch die mit Maschinen verschlossenen Geldkassen und durch die Lederbeutelchen der Landleute. Die Völker Oestreichs und das gesammte Ausland sprachen sich dazumal (Juli bis October 1848) deutlich aus, indem sie der Silbermünze nicht mehr als 5 bis 6 Procent Agio gegen östreichische Banknoten beilegten. Man kann das füglich ein Vertrauensvotum für den Staat nennen.

Alles Dazwischenliegende überspringend, da wir keine Genese und keine Chronik der östreichischen Geldzustände zu schreiben beabsichtigen, sondern blos zeitweilige Ueberblicke über den jeweiligen Stand und die nächsten Erwartungen, spähen wir darnach aus, welches Vertrauensvotum heute für den Kaiserstaat von seinen eigenen Völkern und vom Auslande gespendet wird.

Das Coursblatt der verflossenen Woche verzeichnet einen Silbercours von 15 Procent Ugio!!!

Wir müßten eine lange Litanei her murmeln, wollten wir alle sichern und muthmaßlichen Gründe für diesen Geldzustand angeben. Man kann sie nicht darin suchen, daß nach dem Februaravis der Nationalbank nur 31 Millionen baar vorhanden sind, gegen 247 Millionen emittirte Noten. Das Verhältniß von 1 Florin Silber zu 8 Florin Papiernoten war mehrmals vorhanden, ohne daß deshalb eine solche Erschütterung aller Besitzverhältnisse die Folge war.

Der hauptsächlichste Grund für das Mißtrauen bleibt das Verhältniß der Bank zum Staate; die Regierung, welche der unabhängige Schutzherr dieses Institutes sein soll, ist die geldbedürftige Partei desselben, und jene setzt ihm die Pistole auf die Brust, damit es in Zeiten der Noth aushelfe. Die Regierungsmänner bedachten nicht, daß die Nationalbank nicht allein die Interessen einer Privatgesellschaft, sondern die gemeinsamen des Nationalvermögens als Opfer darbringen mußte. Der Staat nahm die Kräfte der Nationalbank derart in Anspruch, daß sie zehnfach ihren Fond überstieg, und nun ist sie unzertrennbar an das Geschick der Staatsmaschine gekettet. Frankreich, das eine weit tiefer greifende Krisis durchmachte, hat in den Bankkellern einige Millionen Silber mehr liegen, als Noten im Umlauf sind, und sein Credit steht ungeschwächt, sein Nationalvermögen blieb ungeschmälert. Die Banknoten sind durch die Forderungen der Regierung und durch die servile Nachgiebigkeit der Bankdirection ein Staatspapier geworden.

Den Uebelstand erkennend versuchte der Finanzminister mancherlei, eine Trennung von Staat und Bank zu erzielen; allein die Umstände vereitelten ebenso die Operationen, wie die ausgedachten Finten. Die Regierung konnte das ungeheure Deficit für 1848 und 1849, nach muthmaßlicher Berechnung 3—400 Millionen, nicht durch die Aushilfe der Bank allein decken, und man griff zu verschiedenen unlautern Mitteln, als das Fehlschlagen einer reellen Anleihe durch die vom ganzen Auslande einlaufenden Refus gewiß war. Unter der Form von Anweisungen fabricirte der Finanzminister unfundirtes Papiergeld; aber diese Staatspapiere flossen alsobald an Zahlungsstatt in die Nationalbank, und auch das freiwillige Ansehen war zumeist nur ein Auswechseln des einen Staatspapiers gegen ein anderes. Auf die neue Anleihe wurden 45 Millionen eingezahlt, darunter befanden sich 23 Millionen Staatsanweisungen; es ist die Schlange, die sich in den Schwanz beißt.

Das kaiserliche Versprechen, in einer Ordonnanz mit Nachdruck hervorgehoben, daß der Credit der Bank vom Staate nicht mehr in Anspruch genommen werden darf, wird pünktlich eingehalten; allein der Minister konnte leicht dieses Versprechen ertheilen lassen, nachdem er die Emission von Staatsgeldpapier in Form von Cassenanweisungen, ungarischen Landesanweisungen, Viglietti di tesoro, Münzscheinen zu 6 und 10 Kreuzer, Reichsschatzscheine mit Verzinsung u. dgl., mit

Verletzung des Bankprivilegiums, beschlossen hatte. Der Minister erspart sich das Ansuchen bei der Bank, und gibt selbst so viel Papiergeld aus, als er braucht. Die Nichtvermehrung der Banknoten, und die Schuldabtragung an die Bank sind daher nur ein Wechsel der Masken.

Ein noch unwürdigeres Gaukelspiel ist die Zuweisung des sardinischen Tributs an die Bank. So gering die Summe von 30 Millionen Gulden ist, so wäre sie dennoch von bedeutendem Einfluß auf den Werth der Noten gewesen, wenn sie baar und klingend, wie es der Kaiser nach dem Rathe des Ministeriums bestimmte, an die Bank abgeführt worden wären. Je größer der Fond, desto größer das Vertrauen. Mit voller Erkenntniß dieser Sachlage wurde in mehreren ministeriellen Erlässen darauf hingedeutet, und dieser Zuwachs an Silber in helles Licht gestellt. Aber schon die ersten Raten werden vom Ministerium nur theilweise an die Bank abgegeben, da die Regierung baare Münze zur Zahlung der an den Grenzen stationirten Truppen benöthigte. Sardinien hat bereits über 8 Millionen gezahlt, aber kaum die Hälfte davon floß baar in die Bank.

Die Einwirkung der auswärtigen politischen Zustände auf die österreichischen Geldverhältnisse war in den letzten Monaten eher hebend als niederdrückend; in Paris, Amsterdam, Frankfurt und Berlin zeigte sich gute Miene. Allein die innern Zustände paralyßirten alsobald jedes günstige Symptom. Man überzeugte sich, daß die Entlassung der Militärs und Reducirung der Armee nur ein willentlich ausgestreutes Gerücht sei; der Minister gab der Lüge einen Stempel, indem er eine Verminderung der Heerausgaben in nahe Aussicht stellte. Aus der Verminderung wurde eine Vermehrung, da kein Mann entlassen, hingegen so viele Tausende Honvéds eingereiht wurden, und schon nach wenigen Wochen sah sich derselbe Minister gezwungen, auf den fortgesetzten Bedarf des Heeres anzuspähen, um die neueingeführten Steuern zu rechtfertigen.

Das Kapitel der Steuern wollen wir nicht vom Gesichtspunkte der Ungesetzlichkeit betrachten, weil sie ohne Mitwirkung des Reichstages ausgeschrieben und eingetrieben werden. Vom staatlichen Standpunkte ist es nur zu billigen, daß statt des Schuldenmachens, der Bankcorruption und anderer momentanen Behelfe die eigenen Quellen des Landes angebohrt werden; allein jeder Brunnenmeister weiß, wie viel Wasser auf einer Stelle zu erlangen ist, und legt keine größere Röhre an, als der Boden zu füllen vermag. Der österreichische Finanzminister ist kein solcher Brunnenmeister. Die Einkommensteuer, die erhöhte Grundsteuer, die Stempeltaxe, die Einregistrirungstaxe u. dgl. belasten das Reich mit einem Mehr von 50—60 Millionen Gulden, dieses Mehr für den Staat ist ein Minus für das Land, es ist ein Entziehen von Geldkraft, wo ohnehin keine Kapitalien vorhanden sind. Wir wollen nur ein Beispiel angeben. Das so eben erschienene Grundsteuerprovisorium für Ungarn, Croatien u. s. w. belegt die Grunderträge und die Nutzung von Gebäuden mit einem Tarif, welcher keines falls der

Bebanung des steuerfreien Landes förderlich sein kann. Der ungarische Grundbesitzer hat bisher wenig baares Geld aus seiner Wirthschaft bezogen; außer den Magnaten lebten die Landedelleute auf ihrer eigenthümlichen Scholle, und von dem Weizen und Kukuruz, den sie davon ernteten. Die auferlegte Steuer muß mindestens zu einer Besitzveränderung führen, denn der Edelmann wird seine Lebensweise nicht ändern, Hände fehlen, Geld hat er keins, und die Execution läßt sich nicht wie sonst verhindern. Diese Irritation bleibt nicht ohne Rückwirkung auf das Nationalvermögen und auf das Staatseinkommen, und Jahre werden verstreichen, ehe ein Ausgleich zwischen Einkommen und Abgabe des Bürgers ermittelt ist.

Der Finanzminister dringt aber auf sogleiche Vermehrung der Einnahme, da die Ausgaben riesenmäßig anwachsen und eine Einschränkung im Militäretat ferner ist denn je. Das Stempelgefäll und die Registrirungstaxe sind eine solche Fundgrube, wo man nicht lange nach Gold zu schlagen hat; schon jetzt müssen die betreffenden Papiere dem neuen Stempel unterzogen werden, und es dürfte namentlich ein Mehreinkommen von 1—2 Millionen abwerfen. Das Umgehen dieses Gesetzes wird aber mannigfach versucht werden, und Banquiers werden ihre Wechsel, wenn nur irgend thunlich, außerhalb Oestreich ausstellen und zahlbar machen, und unter der Form eines Domizils innerhalb Oestreich präsentiren. Um die Taxe zu ersparen, werden sich Schuldner und Gläubiger leicht wegen dieser Umgehung verständigen, der Verkehr jedoch ist erschwert, und es ist hiermit ein Kanal gegraben, welcher die Capitalien hinausströmen läßt statt herein. Der Passivhandel Oestreichs ist hiermit neuerdings belastet, und seine Vermittlerrolle zwischen dem Orient und dem Norden in Bezug des Handels vernichtet, noch bevor sie beginnt. Der Kaufmann in Konstantinopel wird keine Zahlung in Wien anweisen, wo das Document einem Stempel ($\frac{1}{4}$ %) unterliegt, wenn er die Zahlung mit demselben Document in Leipzig stempelfrei leisten kann.

Solche Erwägungen scheinen nicht im Bureau des östreichischen Finanzministers gepflogen zu werden, der nur auf die Befriedigung des augenblicklichen Bedarfs speculirt. Alle seine Sinne sind darauf gewendet, den vermeintlichen Wucher und die Börsenspeculation zu bekämpfen, in welchen er fälschlich die Quelle der Geldzustände sieht. Statt dem Münzbedarf zu genügen, der sich so groß äußert, daß für Kupferkreuzer 4 bis 5% Agio gegen Banknoten gezahlt werden, läßt der Finanzminister an der Börse Gold und Silber sowie Devisen für auswärtige Plätze um $\frac{1}{8}$ oder $\frac{1}{4}$ % niedriger ausbieten, und die großen Summen bewirken einen kleinen Rückgang der Course; in der nächsten Stunde schnellst aber das Agio doppelt hinauf, denn die bezogenen Colonialwaaren müssen in klingender Valuta oder gleichgeltenden Papieren bezahlt werden. Die unwürdigsten Personen und Finten wurden bereits gebraucht, um den gemuthmaßten Börsenmanöuvres zu contremuniren, denn der Minister glaubt es nicht, daß der wirkliche Bedarf so groß sei; mit dem Steigen des Silbercourses steigt auch immer die Besorgniß

der Privaten, und Reiche wie Arme halten sich für jeden Fall einige Baarschaft versteckt.

Es bedarf nicht erst des Mißtrauens in die Regierung und in die Militärherrschaft, um die Furcht einer Geldkrisis zu steigern; wer rechnen kann, hat bald die Ziffern zur Stelle, welche der Finanzminister so gern verheimlicht. Neun Monate werden es, seitdem der letzte Ausweis über das Budget gelegt wurde, und weder das Deficit des vergangenen Verwaltungsjahres, noch der Voranschlag des laufenden sind bekannt gegeben. Man sieht keinen Zwanziger im Umlauf, hingegen mehren sich die mit Zwangscours versehenen Papierzeichen in maßloser Weise. Von Tag zu Tag steigt das Mißtrauen, und das eher einem Mäkler als einem Staatsminister anpassende Operiren zeigt die ärgsten Blößen.

So weit ist es gekommen, daß der Finanzminister Baron Kraus bei dem Banquierhause Heine in Hamburg 5% Metalliques in **Versatz** gegeben haben soll, um durch Trassiren darauf dem Steigen des Silberagio entgegenarbeiten zu können. Die Häuser Rothschild und Sina verkauften große Summen auf London und Deutsche Plätze im Auftrage des Ministers, aber wie durch ein löcheriges Sieb fielen die Millionen, und der Cours steht schlechter als vorher.

Nicht ohne Grund vermuthet man, daß in Holland ein ähnlicher Versatz versucht wird!

Wir werden in spätern Uebersichten auf diese und ähnliche Manipulationen zurückkommen; es ist Quacksalberei und Kurpfuscherei. Nur ein Conflux von besonders günstigen Umständen könnte eine Erleichterung in die österreichischen Geldverhältnisse bringen; der jetzige Minister wird das Uebel nicht heilen. Wir verweisen auf eine in Frankfurt anonym erschienene Brochüre über die österreichische Nationalbank, deren Verfasser, Baron Stifft sen., aus dem Staatsdienste trat, weil er als Unterstaatssecretär im Bureau der Finanzen sich nicht mit den Ansichten und Projecten des Ministers verständigen konnte. Er schreibt:

„Die executive Gewalt war es, die durch das Medium der Bank von der Nation selbst Opfer forderte.

„Die Bank war hierdurch in ihrem Berufe: als Regulator und Wächter der Geldcirculation zu fungiren, gestürzt. Durch die Verpflichtung, das Staatspapiergeld gleich ihren eigenen Noten anzunehmen, wurde sie in ihren Grundfesten erschüttert, in ihrem innern Bestande entkräftet.

„Die Einzahlungsbestimmungen des neuen Anleihsens (nämlich die Annahme der Staatsnoten) stellten eine neue Forderung der Bank an den Staat in einer andern Form. — Somit bleibt das künftige Schicksal der Bank in der Schwebe, ihre Beziehungen zur Staatsgewalt haben sich wenig verändert, ihr Umlauf hat sich unbedeutend vermindert, ihr Münzschatz unbedeutend vermehrt. — Bis zu ihrer Reform ist sie nicht in der Lage, auf vermehrtes Vertrauen Anspruch manchen

zu können, und ihr Credit ist der Einwirkung aller ungünstigen Ereignisse bloßgelegt.“

Freiherr von Stifft findet in der gegenwärtigen Ausdehnung der Notenemission keine Beruhigung, und setzt hinzu: „Noch viel weniger läßt sich erwarten, daß die Summe von 355 Millionen Gulden Papiergeld die Verwechslung gegen Metallgeld **jemals** ermöglichen oder geeignet sein könnte, der Entwicklung der Nationalöconomie und Industrie förderlich zu sein.“

Die Entwerthung der Banknoten ist nicht allein im Coursblatte ausgedrückt, sie ist in einem weit ungünstigern und sehr nachtheiligem Verhältnisse in allen Lebensbedürfnissen und in den Erzeugungskosten enthalten. Dieser Krebschaden kann nur in der Beschränkung der Notenemission sein Heilmittel finden, und es mag in Zukunft die Nationalbank Staats- oder Privatbank sein, dieses kranke Glied muß von dem gesunden Körper abgelöst werden.

Auf den Schlußseiten der Brochüre heißt es: „auf einem durch grundsätzliche Fehlgriffe durchwühlten Boden der Geldeirculation läßt sich kein dauerhaftes Gebäude gründen.“

Die Worte des Baron Stifft sind deshalb von größerer Bedeutung, weil er bei etwaigem Ministerwechsel ein Aspirant auf das Portefeuille der Finanzen ist. Wenn ein solcher Mann sein damnatur über das Gebahren im Geldwesen ausspricht, so sollte der Minister anderswo als auf der Börse den Grund suchen, weshalb das Silberagio steigt; das allgemeine Mißtrauen findet aber hierin seine volle Rechtfertigung. Mag auch der Cours abwechselnd sich besser stellen, es ist dennoch nur ein Schlimmerwerden zu prophezeihen. Ist das neue Anleihen voll eingezahlt, so verfestigt auch dieses Bäcklein zur Verminderung der Banknoten, während andererseits der Strom für staatliches Geldpapier durch Herausgabe der verzinslichen Reichsschlagscheine noch höher anschwillt.

Wir werden den Geldzuständen Oestreichs fortwährend unsere Aufmerksamkeit widmen, da sich außer den materiellen Interessen auch die politischen daran knüpfen.

A u s t r i a F e l i x .

Wer sich durch den Schein trügen läßt oder wer auch heute noch der Patrimonialidee, dem großen Spruch *l'etat c'est moi* zu huldigen vermag, dem wird es unzweifelhaft scheinen, daß die bekannte Phrase *Austria Felix*, sich gerade in der letzten Zeit, wo ein Felix in Person das Staatsruder führt, in sofern be-

Grenzboten. I. 1850.